Unterabteilung Europa
Fachbereich Europa

Deutscher Bundestag

Aktueller Begriff Europa

Zu den Prioritäten der EU-Ratspräsidentschaft Zyperns 2026

Zum 1. Januar 2026 hat Zypern die **Präsidentschaft des Rates der EU** übernommen. Es ist das **zweite Mal**, dass das Land nach seinem EU-Beitritt 2004 und seiner ersten Amtszeit im Jahr 2012 den halbjährlich rotierenden Vorsitz im EU-Ministerrat innehat. Zyperns Ratspräsidentschaft bildet den **Abschluss der 18-monatigen Trio-Präsidentschaft** gemeinsam mit Polen und Dänemark. Deren Achtzehnmonatsprogramm widmet sich drei Schwerpunkten: einem starken und sicheren Europa, einem wohlhabenden und wettbewerbsfähigen Europa sowie einem freien und demokratischen Europa.

Zypern übernimmt die Ratspräsidentschaft in einer Zeit großer geopolitischer Umbrüche und Unsicherheit. Die zyprische Regierung betont jedoch, dass die EU bereits viele schwere – teils existenzielle – Krisen bewältigt habe. Hierauf habe sie stets eine Antwort gefunden: Die Union habe sich stets **weiterentwickelt und gestärkt**. Angesichts der besonders vielfältigen und komplexen Herausforderungen von heute müsse die EU diese Fähigkeit nun erneut unter Beweis stellen. Eine **eigenständige, geeinte EU ohne innere Spaltungen** ist nach zyprischer Auffassung der konsequente und notwendige Schritt für den weiteren europäischen Integrationsprozess.

Diesen Zielen widmet Zypern sein Präsidentschaftsprogramm mit dem Titel: **„Eine autonome Union. Offen gegenüber der Welt.“**. Darin kündigt der zyprische Ratsvorsitz an, einen ehrgeizigen und ergebnisorientierten Ansatz verfolgen zu wollen, der sich auf insgesamt fünf Prioritäten stützt: 1. Autonomie durch Sicherheit, Verteidigungsbereitschaft und Vorsorge, 2. Autonomie durch Wettbewerbsfähigkeit, 3. Offenheit gegenüber der Welt, 4. eine autonome Union der Werte, die niemanden zurücklässt, sowie 5. ein langfristiger Haushalt für eine autonome Union.

Unter seiner sicherheits- und verteidigungspolitischen Priorität unterstreicht der Ratsvorsitz die Dringlichkeit, die **Verteidigungsbereitschaft und die strategische Autonomie der Union** zu stärken, ihre Abhängigkeiten zu reduzieren und ihre Fähigkeit zu verbessern, effektiv und proaktiv zu reagieren. Er kündigt an, wichtige Verteidigungsinitiativen und Leitprojekte von gemeinsamem Interesse zu unterstützen. So solle der raschen Umsetzung des Weißbuchs zur europäischen Verteidigung und der dazugehörigen Readiness Roadmap 2030 Vorrang eingeräumt werden. Entscheidend blieben auch die EU-NATO-Zusammenarbeit und die Stärkung der transatlantischen Beziehungen, die in einer inklusiven, gegenseitigen, transparenten und beiderseits vorteilhaften Weise fortentwickelt werden sollen.

Sicherheit wird im zyprischen Arbeitsprogramm ausdrücklich umfassend verstanden. So legt der Ratsvorsitz einen programmatischen Fokus auf wirtschaftliche Sicherheit als Schlüsseldimension europäischer Autonomie, auf maritime Sicherheit sowie auf die **Bekämpfung von Bedrohungen der inneren Sicherheit** – von organisierter und transnationaler Kriminalität über Terrorismus bis hin zu gewalttätigem Extremismus, auch im digitalen Bereich – im Einklang mit der Strategie ProtectEU.

Nr. 01/26 (12. Januar 2026)
© 2026 Deutscher Bundestag

Die Wissenschaftlichen Dienste und der Fachbereich Europa des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung.

Auch das **Migrations- und Grenzmanagement** betrachtet der Ratsvorsitz als Bestandteil der Sicherheitsarchitektur der EU. Schlüsselpriorität habe die vollständige Umsetzung des im Mai 2024 angenommenen Migrations- und Asylpakets. Zudem soll die Effizienz des Rückführungssystems gestärkt und umfassende Partnerschaften mit Drittstaaten entlang der Migrationsrouten entwickelt werden.

Der zweite zentrale Schwerpunkt des zyprischen Arbeitsprogramms liegt auf der **Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit** der Union als Grundlage ihrer Widerstandsfähigkeit und Voraussetzung für ein autonomeres Handeln. Seinen Fokus richtet der Ratsvorsitz auf den **Bürokratieabbau** und **bessere Rechtsetzung**, auf die Stärkung des **Binnenmarktes** sowie die Vertiefung der **Kapitalmärkte** und die Weiterentwicklung der **Spar- und Investitionsunion**. Die **industrielle Wettbewerbsfähigkeit** der EU solle u. a. durch die Förderung sauberer und digitaler Technologien, die Sicherung des Zugangs zu kritischen Rohstoffen sowie den Aufbau resilienter Lieferketten gefördert werden. Die Verringerung **von Energieabhängigkeiten** und der Ausbau einer sicheren, bezahlbaren und nachhaltigen **Energieversorgung** hebt er als wichtige Arbeitsfelder der Union hervor.

In seiner außenpolitischen Priorität betont der zyprische Ratsvorsitz das Ziel der EU, aus einer Position der gemeinsamen Stärke heraus weltweit mit anderen Akteuren zusammenarbeiten. Der **Ausbau ihrer strategischen Fähigkeiten als globaler Akteur** werde der EU erlauben, internationale Entwicklungen aktiver mitzugestalten und ihre partnerschaftlichen Beziehungen aufrecht zu erhalten. Die fortgesetzte **Unterstützung der Ukraine** im Kampf gegen die russische Aggression bleibe eine wichtige Priorität. Die **EU-Erweiterung** benennt er als ein Kernanliegen seiner Ratspräsidentschaft und kündigt an, die EU-Erweiterungsagenda glaubwürdig und konsequent voranzutreiben. **Regionale Schwerpunkte** sollen auf die Länder der südlichen Nachbarschaft, den Mittelmeerraum sowie den Nahen Osten und die Golfregion gelegt werden. Ein neuer Pakt für den Mittelmeerraum biete den Rahmen für eine konkrete, auf praktische Ergebnisse ausgerichtete Zusammenarbeit. Ziel einer offenen, regelbasierten und zugleich strategisch ausgerichteten Agenda in der **Handelspolitik** sei es, Handelsbeziehungen zu diversifizieren, die wirtschaftliche Sicherheit der EU zu stärken und multilaterale Strukturen, insbesondere die WTO, zu stabilisieren.

Der Ratsvorsitz bekennt sich ausdrücklich zu den **gemeinsamen Grundwerten der EU** – Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte – als festen Bestandteil der strategischen Autonomie der Union. Er will besonderes Augenmerk auf die **soziale Dimension der EU-Politik**, insbesondere die Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte legen. Weitere wichtige Anliegen sind **Bildung und Qualifizierung,** die Widerstandsfähigkeit der **Gesundheitssysteme** und die **digitale Sicherheit,** insbesondere der **Schutz von Kindern und Jugendlichen** im digitalen Raum.

Schließlich unterstreicht der zyprische Ratsvorsitz die zentrale Bedeutung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) für den Zeitraum 2028–2034. Dieser **langfristige Haushaltsplan** sei der strategische Fahrplan der Union für das kommende Jahrzehnt. Er strebe an, die Verhandlungen über alle Gesetzgebungsvorhaben des neuen Finanzrahmens deutlich voranzubringen und bis Juni 2026 einen **belastbaren Verhandlungsrahmen** vorlegen zu können.

Im Rahmen der **parlamentarischen Dimension** der EU-Ratspräsidentschaft wird das Parlament Zyperns (Repräsentantenhaus) Gastgeber der fünf ständigen **Konferenzen der interparlamentarischen Zusammenarbeit in der EU** sein, darunter die Tagung des Gemeinsamen Parlamentarischen Kontrollausschusses für Europol am 4. und 5. Februar 2026 und die Interparlamentarische Konferenz für die GASP und die GSVP vom 3. bis 5. März 2026. Es richtet zudem eine Fachkonferenz mit dem Titel „Das Zeitalter der Künstlichen Intelligenz – Möglichkeiten und Herausforderungen“ am 14. und 15. Januar 2026 aus.

Zur Jahresmitte 2026 wird **Irland** den nächsten Vorsitz im Rat der EU übernehmen und gemeinsam mit Litauen und Griechenland den Zyklus der **nächsten Trio-Präsidentschaft** beginnen.

Verfasser: Olaf Zehnpfund, M.A. – Fachbereich Europa (EU 6)